



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

### Jahresbericht Bolivien 2019

- Am 20. Oktober 2019 trat Amtsinhaber Evo Morales bei der Präsidentschaftswahl für eine vierte Amtszeit an, nachdem ein Verfassungsartikel, der ihm dies eigentlich verboten hätte, in einem umstrittenen Prozess für ungültig erklärt worden war. Laut offizieller Wahlbehörde gewann Evo Morales die Präsidentschaftswahl mit 47% der Stimmen und einem ausreichend großen Vorsprung zum Nächstplatzierten, dass eine Stichwahl nicht nötig war. Vonseiten der Opposition kamen Vorwürfe des Wahlbetrugs, auch internationale Wahlbeobachter äußerten Zweifel, und es kam in der Folge zu landesweiten Protesten und Zusammenstößen zwischen Gegnern und Befürwortern des Präsidenten. Nachdem auch das Militär sich auf Seiten der gegnerischen Demonstranten gestellt hatte, sahen sich Präsident Morales und mehrere andere Inhaber hoher politischer Ämter am 10.11. zum Rücktritt gezwungen; Morales floh ins Exil nach Mexiko. Die bisherige zweite Vizepräsidentin des Senats, Jeanine Áñez, erklärte sich zur Interimspräsidentin. Auch nach dem Rücktritt von Morales gab es weiterhin gewalttätige Demonstrationen. Anhänger der Partei des ehemaligen Präsidenten, der Bewegung für den Sozialismus (MAS), demonstrierten gegen die neue Interimsregierung und für eine Beibehaltung der von Morales durchgeführten Reformen. Bei den Ausschreitungen kamen zwischen Ende Oktober und Ende November 2019 mindestens 35 Menschen ums Leben, und über 800 wurden verletzt.
- Amnesty hat in diesem Zusammenhang Fälle von exzessiver und unnötiger Gewaltanwendung durch die Polizei und das Militär dokumentiert. So erließ die Regierung Áñez am 14.10.2019 das Dekret 4078: Dieses schützt bewaffnete Sicherheitskräfte vor Strafverfolgung, die an Operationen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit teilnehmen, "wenn sie in Übereinstimmung mit ihrer von der Verfassung gegebenen Funktion handeln, in berechtigter Verteidigung oder einer Notstandslage, und unter Einhaltung der Prinzipien der Legalität, der absoluten Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit". Trotz der darin enthaltenen Einschränkungen wurde dieses Dekret scharf kritisiert als ein möglicher Freibrief zur Ausübung von Gewalt durch Sicherheitskräfte. In den darauffolgenden Wochen gab es zahlreiche Berichte über exzessive Polizeigewalt bei gemeinsamen Operationen der Nationalen Polizei und des Militärs. Der Generalstaatsanwalt berichtete, dass am forensischen Institut IDIF bei 25 Autopsien von Menschen, die bei Protesten getötet worden waren, Schussverletzungen als Todesursache festgestellt wurden. Am 27.11. annullierte Interimspräsidentin Áñez das Dekret auf massiven nationalen und internationalen Druck hin.
- Unter anderem hat Amnesty Zeugenaussagen über Zusammenstöße in Sentace. Dort hatten 2000 bis 4000 Demonstranten bereits seit einigen Tagen die Zufahrtswege zu einer großen Verteileranlage der staatlichen Ölgesellschaft blockiert, von wo aus u.a. La Paz mit Brennstoffen versorgt wird. Am 19.11. lösten Soldaten die Blockade gewaltsam auf: Sie feuerten zunächst große Mengen Tränengas in die Menge, anschließend wurde Zeugen zufolge auch mit scharfer Munition geschossen, auch auf fliehende Personen. Bei den Zusammenstößen rissen Demonstranten eine etwa 1km lange Wand des Fabrikgebäudes ab. Letztendlich wurden mindestens 9 Menschen getötet. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission stellte fest, dass unter den Toten auch Passanten waren, die nicht an der Blockade teilgenommen hatten.
- Amnesty hat zudem konkrete Zeugenaussagen zu einer Demonstration gegen die Interimsregierung in Sacaba am 15.11. Zeugen geben an, dass auch Kinder und ältere Leute unter den Teilnehmern des Protestzuges waren, und dass die Teilnehmer Flaggen, Stöcke und teilweise Feuerwerkskörper bei sich trugen. Am frühen Nachmittag wurden sie am Eingang einer Brücke von Polizei und Armee gestoppt, unter anderem mit einem gepanzerten Fahrzeug, Wasserwerfer und Helikopter. Nach einem etwa einstündigen Stillstand habe die Polizei

Tränengas in die Menge gefeuert, woraufhin viele Menschen die Flucht ergriffen, einige aber auch kollabierten oder Atemnot bekamen. Anschließend sei zunächst mit Gummigeschossen und dann mit scharfer Munition auf die Demonstranten geschossen worden, auch auf Menschen, die Verletzten helfen wollten. Neun Zivilisten kamen dabei ums Leben, sieben von ihnen durch Schussverletzungen.

Des Weiteren wurden während der Krise nach den Wahlen auch Menschenrechtsverteidiger und Journalisten eingeschüchtert, bedroht und attackiert.

Amnesty fordert eine unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Zusammenstöße, eine Entschädigung der Opfer von Sacaba und Senkata, und eine unbeeinflusste strafrechtliche Aufarbeitung aller verübten Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten.

## Quellen

- „Bolivia: Healing the Pandemic of Impunity“, Bericht von Amnesty International 2020
- <https://www.spiegel.de/politik/ausland/a-1295829.html> (abgerufen 27.10.2020)
- <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/11/15/bolivian-protests-unseated-president-so-why-are-they-still-streets/> (abgerufen 27.10.2020)
- [https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/bolivien-evo-morales-praesidentschaftswahl-streit-opposition?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/bolivien-evo-morales-praesidentschaftswahl-streit-opposition?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F) (abgerufen 31.10.2020)